

Antrag B6 – Beko 2004

Verpflichtende Zusammenarbeit von weiterführenden Schulen und Unternehmen

Wir Jusos fordern die hessische Landtagsfraktion der SPD dazu auf, ein Konzept zu entwickeln, um weiterführende Schulen und Unternehmen zur Zusammenarbeit zu verpflichten mit dem Ziel Schulabgängern mehr Informationen über Ausbildungsmöglichkeiten zugänglich zu machen und die Ausbildungsplatzvermittlung regional zu optimieren. Bestandteil dieser Zusammenarbeit soll eine regelmäßige Abhaltung sogenannter Berufsmessen an Schulen sein, aber auch eine kontinuierliche Aufklärung im Bereich neuer Chancen und Möglichkeiten zum Thema Ausbildung seitens der Vertreter aus Industrie, Handel und Handwerk.

Weiterhin fordern wir die Landtagsfraktion dazu auf, dieses Konzept in Form eines Gesetzesentwurfs in das Parlament einzubringen.

Begründung

Auf Grund der hohen Zahl an Ausbildungsplatzsuchenden ist es zwingend notwendig, Konzepte und Lösungen zu entwickeln, die die Ausbildungsplatzvermittlung auf regionaler Ebene verbessern. Eine entsprechend enge Zusammenarbeit der Schulen und der jeweils dort angesiedelten Unternehmen, die Ausbildungsplätze anbieten, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ein Instrumentarium dessen soll eine Berufsmesse sein, die regelmäßig an den Schulen abgehalten wird. Anforderungen an Schulabgänger werden immer höher, trotz einer angemessenen Schulausbildung sind nicht alle in der Lage diesen hohen Anforderungen gerecht zu werden. Vor allem der Mobilitätsfaktor hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. In vielen Fällen sind die Schulabgänger dazu gezwungen ihren Wohnort zu verlassen, um eine Ausbildung anzutreten. Auch wenn viele Jugendliche dazu bereit sind, ist dies nicht immer möglich; meist aus finanziellen Gründen. Diese Ungleichheiten und Barrieren widersprechen dem Prinzip der Chancengleichheit und sind daher zu beseitigen. Genau aus diesem Grund soll bei der Entwicklung des Konzepts speziell auf die Situation von Haupt-, Real- und Gesamtschulen eingegangen werden, um auch ihren Ansprüchen gerecht zu werden.

In der Vergangenheit hat sich der Ausbildungsmarkt zu Ungunsten der Hauptschüler entwickelt. In vielen Ausbildungsberufen für die mittlere Reife genügt, wurden bevorzugt Abiturienten angenommen. Berufsmessen können dem entgegensteuern, indem sie Unternehmen die Möglichkeit geben, die Schulabgänger vorab auf Eignung für den Ausbildungsberuf zu prüfen und näher kennen zu lernen.

Ziel dieser Berufsmessen ist es, den Schulabgängern umfassende Kenntnisse über gängige Ausbildungssysteme, Regularien, etc. zu vermitteln. An diesem Punkt wäre auch eine Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt denkbar, um die Schulabgänger über ihre Rechte als zukünftige Azubis aufzuklären. Die Kenntnis der eigenen Rechtsansprüche stärkt das Selbstvertrauen und damit auch das Leistungsvermögen eines Lehrlings. Abgesehen von der Rechtsaufklärung soll begleitend über Möglichkeiten der besonderen Förderung von Auszubildenden berichtet werden, z.B. BAföG. Nicht selten behindern selbstzutragende Kosten den Antritt einer Lehre.

Finanzielle Barrieren in der Berufswahl sind daher abzubauen. Wer schon vor der Wahl seines Berufes weiß, dass er nötigenfalls staatliche Unterstützung erhält, kann seine Wahl unvoreingenommen nach Talent und Neigung treffen. Wenn jeder den Beruf ausübt, der seinen Vorstellungen und den eigenen Qualitäten entspricht, auf lange Zeit das Interesse weckt, Herausforderungen stellt, dann ist die Chance eines erfolgreichen Abschlusses der Ausbildung sehr hoch. Dies ist sowohl im Sinne der Auszubildenden und der Unternehmen.

Neben dem recht allgemeinen Teil sollen die Berufsmessen den Schulabgängern aber auch einen Überblick über die Möglichkeiten in ihrer unmittelbaren Umgebung verschaffen. Dabei kann auch sehr intensiv auf einzelne Berufsbilder eingegangen werden. Verstärkt auf solche, die eher unpopulär, aber nicht minder interessant sind. Die Unternehmen könnten einerseits die Schulen besuchen und ihren Betrieb vorstellen, und im nächsten Schritt zu einem Tag der offenen Tür einladen. Aus den genannten Gründen fordern wir die SPD-Landtagsfraktion auf, ein solches Konzept als Gesetz in den hessischen Landtag einzubringen. Sollte sich die Initiative positiv entwickeln, so wäre eine Ausweitung auf das gesamte Bundesgebiet wünschenswert.